

V5 Solidarität ohne Grenzen – Für Frieden und Menschenrechte in Westasien

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Unsere Grundhaltung

2 Als GRÜNE JUGEND Hamburg stehen wir für eine internationale, queerfeministische
3 und materialistische Politik, die Unterdrückung in all ihren Formen bekämpft.
4 Unser Verständnis von Solidarität ist intersektional: Patriarchat, Kapitalismus,
5 Kolonialismus und Rassismus stützen und verstärken sich gegenseitig. Unsere
6 Solidarität ist niemals selektiv, sondern unteilbar auf der Seite der
7 Leidtragenden.

8 Vorab: Der Begriff „Naher Osten“ ist eurozentristisch: Er beschreibt eine
9 geografische Region aus der Perspektive Westeuropas und reproduziert damit eine
10 koloniale Weltsicht, die andere Regionen als peripher und relativ zur eigenen
11 Mitte definiert. Als GRÜNE JUGEND Hamburg lehnen wir diesen Begriff ab und
12 sprechen stattdessen von „Westasien“ oder benennen konkret die betroffenen Orte
13 und Gebiete: Gaza, Westjordanland, Israel, Palästina.

14 Wir sind uns bewusst, dass „Nahost“ in deutschen Medien, politischen Debatten
15 und im allgemeinen Sprachgebrauch nach wie vor dominant ist. Wir nutzen ihn
16 daher gelegentlich, wenn wir uns auf mediale oder politische Diskurse beziehen,
17 in denen er verwendet wird. Dabei ist uns bewusst, dass er keine neutrale
18 Bezeichnung ist. Dieser Beschluss verwendet durchgehend „Westasien“ oder
19 konkrete geografische Bezeichnungen.

20 Der 7. Oktober und seine Folgen

21 Der Konflikt zwischen Palästina und Israel ist das Ergebnis einer
22 jahrhundertelangen, traumatischen Geschichte, die muslimische, jüdische und
23 christliche, palästinensische und israelische Menschen durch Gewalt, Vertreibung
24 und tiefgreifendes Leid geprägt hat. Vielen Menschen in Deutschland erscheint
25 der Konflikt erst seit dem 7. Oktober 2023 greifbar. Das blendet die Realität
26 und Komplexität dieser Auseinandersetzung jedoch aus und erfasst das
27 vielschichtige Leid auf allen Seiten nicht angemessen.

28 Fünf unverhandelbare Grundsätze

29 Alle unsere Analysen und Positionierungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg zum
30 israelisch-palästinensischen Konflikt fußen auf fünf unverhandelbaren, nicht-
31 hierarchisierten Grundsätzen:

- 32 • Wir stehen konsequent an der Seite der Zivilbevölkerung in Israel und in
33 Palästina.
- 34 • Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Völkerrecht. Aus dem Völkerrecht
35 ergeben sich für alle Völker Rechte und Verpflichtungen, wie
36 beispielsweise die Achtung der Regeln des humanitären Völkerrechts.
- 37 • Das völkerrechtlich gesicherte Selbstbestimmungsrecht des israelischen
38 Volkes und ihr völkerrechtlich verbrieftes Selbstverteidigungsrecht sind
39 unverhandelbar
- 40 • Wir stehen zum palästinensischen Selbstbestimmungsrecht.
- 41 • Wir stellen uns jedem Antisemitismus sowie antimuslimischem und
42 antipalästinensischem Rassismus entschieden entgegen – in der GRÜNEN
43 JUGEND, in Deutschland und weltweit.

44 Der Terror der Hamas

45 Am 7. Oktober 2023 verübte die radikal-islamistische Terrororganisation Hamas
46 einen großangelegten Terroranschlag auf Israel mit antisemitischer
47 Vernichtungsabsicht: Tausende Raketen wurden abgefeuert, mehr als 1.200 Menschen
48 ermordet, über 200 entführt und gegen israelische FLINTA*-Personen wurde
49 massivste sexualisierte Gewalt eingesetzt. Ziel waren ausschließlich
50 Zivilist*innen. Dieses Massaker stellt das schwerste Verbrechen an
51 Jüdinnen*Juden seit der Shoah dar. Wir verurteilen diesen terroristischen Akt
52 entschieden, ohne Einschränkung und ohne Relativierung.

53 Die Hamas ist eine radikal-islamistische Terrororganisation, deren Gewalt und
54 Brutalität jeglichen Grundsätzen von Menschlichkeit und Völkerrecht
55 widersprechen. Der sogenannte „Kampf“ der Hamas ist kein Kampf um Befreiung,
56 sondern ein anhaltender Akt des Terrors gegen unschuldige Menschen. Er verdient
57 keinerlei Legitimation als „Befreiungskampf“ und muss als das benannt werden,
58 was er ist: systematische Gewalt gegen Zivilist*innen. Die Hamas trägt durch den
59 bewussten Einsatz ziviler Infrastruktur – Krankenhäuser, Schulen, Wohnviertel –
60 als militärische Deckung eine direkte Mitverantwortung am Tod palästinensischer
61 Zivilist*innen und verstößt damit selbst gegen das humanitäre Völkerrecht.

62 Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
63 Pogromen bis zur Shoah. Die Shoah, der industriell organisierte Genozid an sechs
64 Millionen europäischen Jüdinnen*Juden, prägt bis heute das kollektive Gedächtnis
65 in Deutschland und weltweit.

66
67 Als Täternation hat Deutschland aus dem Nationalsozialismus zwei zentrale
68 Lektionen zu ziehen. Wir sind in besonderer Verantwortung gegenüber dem
69 jüdischen Volk und dem Schutz jüdischen Lebens. Zugleich sind wir der Wahrung
70 der universellen Menschenrechte verpflichtet, die als direkte Konsequenz aus den
71 Verbrechen des Nationalsozialismus in der Allgemeinen Erklärung der
72 Menschenrechte verankert wurden und durch das Völkerrecht geschützt werden
73 sollen.

74 Wir bekennen uns zur Souveränität, zum Selbstbestimmungsrecht und dem
75 Selbstverteidigungsrecht des israelischen Staates. Das Selbstverteidigungsrecht
76 und Selbstbestimmungsrecht muss jedoch stets im Einklang mit dem Völkerrecht
77 ausgeübt werden.

78 Im politischen Diskurs wird häufig vom „Existenzrecht“ Israels gesprochen, auch
79 wenn dieser Begriff im Völkerrecht keine formale Grundlage hat. Er drückt aus,
80 dass Israel als einziger jüdischer Staat das Recht hat zu existieren und dass
81 diese Existenz nicht in Frage gestellt werden darf, geschweige denn verhandelbar
82 ist – das ist auch der Grund, weshalb es juristisch kein „Existenzrecht“ gibt,
83 da dieses Recht keinem Staat an- oder aberkannt werden kann, jemals.

84 Dass Israel seit seiner Gründung immer wieder mit dem Ziel seiner Vernichtung
85 angegriffen wurde und wird, macht deutlich, dass das sogenannte „Existenzrecht“
86 keine politische Floskel ist. Kein anderer Staat wird in vergleichbarer Weise
87 mit der systematischen Aberkennung seines Daseinsrechts konfrontiert. Dahinter
88 steckt letztlich die Frage des Selbstbestimmungsrechts: Dieses gilt
89 uneingeschränkt für alle Völker – für Israel wie für die Palästinenser*innen.
90 Beide Rechte stehen nicht im Widerspruch zueinander, und wir bekennen uns zu
91 beiden.

92 Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die Gründung des Staates Israel 1948
93 auch mit der Nakba einherging – der gewaltsamen Vertreibung und Entrechtung von
94 über 700.000 Palästinenser*innen.

95 Eine gerechte und dauerhafte Lösung muss das Recht der Palästinenser*innen auf
96 territoriale Selbstbestimmung einschließen - in einer Form, die gleichermaßen
97 die Souveränität und territoriale Integrität Israels wahrt. Beide Völker haben
98 das Recht, ihr Selbstbestimmungsrecht territorial zu verwirklichen. Die
99 Umsetzung einer solchen Lösung muss unter Begleitung und Vermittlung der
100 Vereinten Nationen erfolgen, die als Hüterin des Völkerrechts eine besondere
101 Verantwortung trägt, diesen Prozess zu unterstützen.

102 Die Palästinenser*innen, die vor allem 1948 im Zuge der Nakba und 1967 im Zuge
103 des Sechs-Tage-Kriegs ihre Heimat verlassen haben, leben heute in zweiter und
104 dritter Generation zu großen Teilen in den umliegenden Staaten, vor allem in
105 Jordanien, wo sie einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmachen. Der
106 Wunsch nach Rückkehr in die Heimat ihrer Vorfahren ist so verständlich wie
107 legitim und muss als Teil einer gerechten Lösung anerkannt werden. Zugleich muss
108 gelten: Vergangenes Unrecht darf nicht durch neues Unrecht beantwortet werden.
109 Auch die Menschen, die heute in Israel in zweiter und dritter Generation leben,
110 tragen keine Schuld an der Nakba und dürfen nicht vertrieben werden. Wir setzen
111 uns dafür ein, dass niemand dauerhaft auf der Flucht, im Exil oder in der
112 Diaspora leben muss und dass alle Menschen in der Region in ihrer Heimat in
113 Frieden leben können. Wir fordern eine Lösung in Westasien, die diesem Wunsch
114 Rechnung trägt, ohne neue Ungerechtigkeiten zu schaffen.

115 Das Leid dieser Menschen und die historische wie aktuelle Kontinuität von Gewalt
116 und Diskriminierung sind ebenfalls Teil der Geschichte, die nicht gegeneinander
117 aufgerechnet oder relativiert werden dürfen. Eine gerechte und friedliche Lösung
118 erfordert die Anerkennung der Leiden beider Seiten, ohne den Zivilisationsbruch
119 der Shoah und das historische Trauma der Jüdinnen*Juden zu relativieren.

120 Das Vorgehen der israelischen Regierung

Wir verurteilen das Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen entschieden. Das Existenzrecht Israels und die scharfe Kritik an seiner Regierung sind dabei keine Widersprüche – wir unterscheiden klar zwischen dem Staat Israel und den politischen Entscheidungen seiner aktuellen Regierung. Als Reaktion auf den Terroranschlag begann die israelische Regierung eine großangelegte Militäroperation im Gazastreifen. Diese entwickelte sich zu einem brutalen Krieg, der weit über legitime Selbstverteidigung hinausgeht. Nach UN-Schätzungen wurden seit Oktober 2023 zehntausende Menschen getötet und hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot, das Gesundheitssystem ist kollabiert, und Millionen Menschen sind schutzlos auf der Flucht. Die Blockade humanitärer Hilfe und das fortgesetzte Bombardement – auch ziviler Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen – verletzen elementare Prinzipien des humanitären Völkerrechts.

Auch in Gaza wurde von IDF-Soldaten, Hamas-Kämpfern und anderen bewaffneten Akteuren sexualisierte Gewalt eingesetzt. Als GRÜNE JUGEND Hamburg verurteilen wir jegliche Form der sexualisierten Gewalt. Unter dem Krieg leiden in erster Linie nicht die Reichen und Mächtigen, sondern arme und vulnerable Menschen: FLINTA*, Kinder und queere Personen sind in besonderer Weise betroffen.

Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen und die eskalierende Siedler*innengewalt im Westjordanland und Ostjerusalem sind schwere Verstöße gegen das Völkerrecht. Diese Gewalt ist kein Randphänomen: Bewaffnete Siedler werden systematisch von Armee und Polizei geschützt und begleitet und genießen weitgehende Straffreiheit – sie ist Ausdruck staatlich organisierter Vertreibungspolitik. Human Rights Watch (HRW) sieht deutliche Hinweise auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der IGH und die UN-Generalversammlung haben wiederholt klargestellt, dass alle israelischen Siedlungen im besetzten Gebiet – einschließlich Ostjerusalems – völkerrechtswidrig sind, gegen die Vierte Genfer Konvention verstoßen und vollständig geräumt werden müssen.

Einschätzung zum Völkermordvorwurf

Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen, die Vertreibung im Westjordanland und die militärische Gewalt gegen Zivilist*innen durch extremistische Siedler sind schwere Verstöße gegen das Völkerrecht. Die systematische Ungleichbehandlung der Palästinenser*innen im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem ist als strukturelle Diskriminierung klar zu benennen und zu verurteilen. Berichte von UN-Gremien, Amnesty International, Human Rights Watch, B'Tselem und anderen Organisationen weisen auf genozidale Merkmale im Vorgehen gegen Gaza hin: systematische Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die Verhinderung humanitärer Hilfe. Nach UN-Schätzungen wurden seit Oktober 2023 zehntausende Menschen getötet und hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot und das Gesundheitssystem ist kollabiert. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat wiederholt festgestellt, dass eine reale und unmittelbare Gefahr für die Existenz der palästinensischen Bevölkerung in Gaza besteht und dass "katastrophale" Lebensbedingungen herrschen, die durch die Handlungen der israelischen Regierung fortlaufend verschlimmert wurden. Der IGH hat in seinen einstweiligen Maßnahmen zudem festgestellt, dass die Gefahr eines Völkermords plausibel ist - ein abschließendes rechtliches Urteil steht noch

170 aus.

171

172 Das Massaker der Hamas bleibt verabscheuungswürdig und unentschuldbar. Das
173 Selbstverteidigungsrecht darf jedoch nicht als Vorwand dienen, um kollektive
174 Bestrafung, ethnische Vertreibung und systematische Vernichtung zu legitimieren.

175 Als GRÜNE JUGEND Hamburg schließen wir uns der Einschätzung des IGH an und sehen
176 zentrale Kriterien der UN-Völkermordkonvention als erfüllt an. Wir sind jedoch
177 nicht die Instanz, ein abschließendes rechtliches Urteil zu fällen – dafür gibt
178 es den IGH. Wir fordern die vollständige Umsetzung seiner Entscheidungen und
179 nehmen seine laufenden Verfahren mit größtem Ernst. Wir verurteilen die Politik
180 der rechtsextremen Regierung Israels, die durch Siedlungsbau, Entrechtung und
181 das Ausmaß des militärischen Vorgehens die Eskalation aktiv befördert und eine
182 politische Lösung systematisch verhindert hat. Unsere Kritik gilt der Regierung,
183 nicht dem israelischen Volk, nicht der israelischen Zivilgesellschaft, die
184 selbst massiv gegen diese Politik protestiert.

185 Israelische Geiseln und palästinensische Gefangene – Menschenwürde ist
186 unverhandelbar

187 Die Hamas hat am 7. Oktober 2023 über 200 Menschen als Geiseln verschleppt –
188 Kinder, Alte, Familien. Wir verurteilen diese Entführungen auf das Schärfste:
189 Sie sind ein schweres Verbrechen gegen unschuldige Menschen und stellen eine
190 schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar. Die Geiseln wurden als
191 Druckmittel missbraucht, unter traumatischen Bedingungen festgehalten und viele
192 von ihnen über Monate in völliger Isolation und in ständiger Bedrohung ihres
193 Lebens gehalten. Amnesty International, die UN und weitere
194 Menschenrechtsorganisationen dokumentieren körperliche und psychische
195 Misshandlung, Mangelernährung und weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

196 Dass nun alle Geiseln freigekommen sind, ist eine Erleichterung – doch keine
197 Rückkehr zur Normalität. Die Freigelassenen tragen die Spuren monatelanger
198 Geiselhaft, psychischer Zermürbung, körperlicher Misshandlung und traumatischer
199 Erlebnisse, die sie ihr Leben lang begleiten werden. Unsere Solidarität gilt
200 ihnen und ihren Angehörigen, die viele Monate in Ungewissheit um das Leben ihrer
201 Liebsten gebangt haben. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Familien der Geiseln,
202 die nicht mehr lebend zurückgekehrt sind. Ihr Tod ist ein unermesslicher
203 Verlust, für den die Hamas die volle Verantwortung trägt.

204 Berichte über die Haftbedingungen palästinensischer Gefangener in israelischen
205 Gefängnissen sind erschütternd und werfen schwerwiegende menschenrechtliche
206 Fragen auf. Internationale Organisationen wie Amnesty International, Human
207 Rights Watch und Medico International dokumentieren überzeugend, dass
208 palästinensische Häftlinge systematischer Misshandlung, Folter und willkürlicher
209 Inhaftierung ausgesetzt sind. Auch sie sind Menschen, die unter traumatischen
210 Bedingungen festgehalten werden - manche ohne Anklage, viele ohne Kontakt zu
211 ihren Familien. Wieviele Gefangene Gewalt erleben und wo somit die Grenzen einer
212 legitimen Inhaftierung deutlich überschritten werden, ist unklar. Jedoch sollen
213 seit Oktober 2023 nach Schätzungen von Menschenrechtsgruppen über 70 Gefangene
214 in israelischem Gewahrsam ums Leben gekommen sein. Diese systematischen
215 Menschenrechtsverletzungen widersprechen grundlegenden Prinzipien von
216 Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und humanitärem Völkerrecht und müssen von
217 der internationalen Gemeinschaft klar benannt, geächtet und beendet werden.

218 Das unbestreitbare Leid der israelischen Geiseln rechtfertigt in keiner Weise
219 die Misshandlung palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen – und
220 umgekehrt. Leid ist nicht aufrechenbar.

221 Ablehnung von Fremdherrschaft über Gaza

222 Nur Palästinenser*innen sollten über die Zukunft Gazas und Palästinas
223 entscheiden. Als GRÜNE JUGEND stehen wir für das Selbstbestimmungsrecht der
224 Palästinenser*innen ein. Den sogenannten „Trump-Plan“, der als „Friedensplan“
225 für Westasien präsentiert wurde, lehnen wir entschieden ab. In seinem Kern ist
226 er kein Plan für Frieden, sondern ein Versuch, die Realität der Besatzung und
227 des Kolonialismus zu festigen und international salonfähig zu machen.

228 Wir lehnen ebenso den im Januar 2026 in Davos gegründeten „Friedensrat“ (Board
229 of Peace) entschieden ab, da er unseren Prinzipien von Gerechtigkeit,
230 Souveränität und demokratischer Ordnung fundamental widerspricht. Ein solcher
231 Rat würde in Gaza eine de facto neokoloniale Verwaltung etablieren: Er
232 entmündigt die lokale Bevölkerung, indem ihre politische Selbstbestimmung durch
233 die willkürliche Herrschaft eines intransparenten Gremiums externer Akteure und
234 teils autoritärer Staatsoberhäupter ersetzt wird. Die Bedingung von
235 Milliardenzahlungen für eine dauerhafte Mitgliedschaft degradiert
236 Friedenspolitik zu einem käuflichen Gut. Zudem ist der Rat als Konkurrenzprojekt
237 zu den Vereinten Nationen konzipiert und untergräbt damit mühsam erkämpfte
238 völkerrechtliche Standards. Eine Institution, die globale Konfliktlösung
239 beansprucht, während sie die Rechte der Betroffenen ignoriert, kann keine Basis
240 für einen gerechten und dauerhaften Frieden bilden.

241 Entschieden gegen Antisemitismus

242 Als GRÜNE JUGEND Hamburg treten wir entschieden gegen Antisemitismus in jeder
243 Form ein. Antisemitismus ist und bleibt ein tödliches, historisch gewachsenes
244 Unterdrückungssystem, das niemals relativiert werden darf. Antisemitismus
245 manifestiert sich in vielen Formen: als Weltbild, in dem Jüdinnen*Juden – im
246 antisemitischen Narrativ – zu „Strippenziehern“ der Welt gemacht werden, als
247 verschwörungsideologischer Antisemitismus, als israelbezogener Antisemitismus
248 und als Shoaverharmlosung.

249 Ein klares Verständnis von Zionismus ist die Voraussetzung dafür, die Debatte um
250 Zionismuskritik sachlich und differenziert zu führen. Im Kern beschreibt
251 Zionismus die nationale Bewegung des jüdischen Volkes, die das Ziel verfolgt,
252 die Selbstbestimmung und Souveränität in einem eigenen Staat im historischen
253 Heimatland Israel zu verwirklichen. Er ist damit eine Antwort auf die globale
254 Geschichte der Verfolgung und die völkerrechtliche Anerkennung des
255 Selbstbestimmungsrechts der Völker.

256 Die Verwirklichung dieses Ziels war jedoch für die palästinensische und
257 arabische Bevölkerung mit realer Vertreibung und tiefem Leid verbunden. Die
258 Nakba ist historische Tatsache und darf nicht ausgeblendet werden. Israel ist
259 heute zwar ein Staat mit formal gleichen Bürgerrechten für alle
260 Staatsangehörigen. Es existiert jedoch strukturelle Diskriminierung von
261 arabischen Israelis. Gleichzeitig stellt der zionistische Verfassungsauftrag
262 einen realen Widerspruch zum Gleichheitsanspruch dar. Dieser Widerspruch muss
263 klar benannt werden können.

264 Davon ausgehend ist festzuhalten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem
265 Staat Israel, wie bei jeder anderen Nation, grundsätzlich legitim ist.
266 Zionismuskritik, die sich auf die konkrete Regierungsführung, Siedlungspolitik
267 oder das Eintreten für palästinensische Rechte konzentriert, ist Teil des
268 demokratischen Diskurses. Auch ideologische Einwände gegen das Konzept von
269 Nationalstaaten sind als politische Position zu respektieren, solange sie
270 universell angewandt werden.

271 Die Grenze zum antisemitischen Antizionismus ist jedoch dort erreicht, wo die
272 Kritik an Israel als Projektionsfläche für judenfeindliche Ressentiments dient.
273 Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Israel durch die Anwendung von
274 Doppelstandards das Existenzrecht abgesprochen wird, das anderen Nationen
275 selbstverständlich zugestanden wird. Antisemitisch ist Antizionismus zudem dann,
276 wenn er mit Dämonisierungen arbeitet, die historische Verbindung des jüdischen
277 Volkes zur Region leugnet oder Jüdinnen*Juden weltweit kollektiv für die
278 Handlungen des Staates Israel verantwortlich macht.

279 Ebenso verurteilen wir einen radikalen und fundamentalistischen Zionismus, der
280 Vertreibung, Enteignung und Gewalt als legitimes Mittel der Politik betrachtet,
281 auf das Schärfste. Dieser muss jedoch klar vom historischen Grundkonzept des
282 Zionismus als Antwort auf Verfolgung und dem Streben nach jüdischer
283 Selbstbestimmung unterschieden werden. Wir lehnen eine undifferenzierte Haltung
284 zum Zionismus ab. Aus unserer Sicht gilt es, zwischen der historischen,
285 theoretischen Idee des Zionismus und einer radikalen, fundamentalistischen
286 Ausformung zu unterscheiden. Wer jeden Zionismus mit seiner radikalsten
287 Ausformung gleichsetzt, betreibt eine Pauschalisierung, die wir klar als
288 antisemitisch benennen, genauso wie einen absoluten Antizionismus, der jüdische
289 Selbstbestimmung als solche ablehnt. Unser Ziel ist ein Diskurs, der legitime
290 Kritik an Zionismus ermöglicht, ohne dabei die Sicherheit und Würde jüdischen
291 Lebens in Frage zu stellen.

292 Unser Ziel ist ein Diskurs, der politische Kritik ermöglicht, ohne dabei die
293 Sicherheit und Würde jüdischen Lebens in Frage zu stellen.

294 Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ist für uns nicht verhandelbar – in
295 unserer Gesellschaft, in unseren Institutionen und in unserem Verband. Wir
296 fordern, dass jüdische Menschen in Deutschland sicher leben, ihre Religion und
297 Kultur frei ausüben und ohne Angst am öffentlichen Leben teilhaben können.
298 Antisemitische Übergriffe, Bedrohungen und Diskriminierung müssen konsequent
299 verfolgt und geächtet werden.

300 Solidarität darf niemals Ausdruck oder Deckmantel für Hass, Gewalt,
301 Antisemitismus oder Rassismus sein. Wir verurteilen Versammlungen, Aussagen und
302 Texte, die radikal-fundamentalistischen Islamismus verherrlichen, zu Gewalt
303 aufrufen oder antisemitische Vorurteile bedienen.

304 Gegen die Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen

305 In Deutschland sehen wir eine alarmierende Kriminalisierung
306 palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus
307 migrantischen und muslimischen Communities werden unverhältnismäßig
308 kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder abgeschoben,
309 nur weil sie ihre Stimme gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung erheben. Pro-
310 palästinensische Demonstrierende dürfen nicht pauschal Opfer polizeilicher

311 Repressionen werden. Meinungsfreiheit endet jedoch dort, wo Antisemitismus
312 beginnt.

313 Bildungsarbeit und Verbandsarbeit

314 Bildungsarbeit zum Westasienkonflikt muss ein Schwerpunkt unserer Verbandspraxis
315 sein – zu Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und struktureller
316 Diskriminierung. Ziel ist es, legitime Kritik an der israelischen Regierung zu
317 ermöglichen, ohne antisemitische Narrative zu bedienen, und über den Terror der
318 Hamas aufzuklären, ohne antimuslimische Stereotype zu reproduzieren.

319 Die GRÜNE JUGEND Hamburg muss ein safer space sein, in dem sich jüdische,
320 muslimische und migrantisierte Menschen sicher fühlen. Dafür braucht es
321 antisemitismus- und rassismussensible Weiterbildung von Awarenesspersonen und
322 Vorständen – unter Einbeziehung der Betroffenen, deren Perspektiven gehört und
323 ernst genommen werden müssen.

324 Unsere Forderungen

325 Als GRÜNE JUGEND Hamburg setzen wir uns für eine Welt ohne Krieg, Leid und
326 Vertreibung ein. Aus unserer Vision von einem gerechten Frieden leiten sich
327 folgende Forderungen ab:

- 328 • Das Sterben muss aufhören. Der Waffenstillstand muss von allen Seiten
329 eingehalten werden.
- 330 • Der ungehinderte, bedarfsgerechte und transparente Zugang zu humanitärer
331 Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza muss gewährleistet werden.
- 332 • Das Ende der Siedler*innengewalt und der israelischen Besatzung des
333 Westjordanlands, Ostjerusalems und des Gazastreifens.
- 334 • Förderung israelisch-palästinensischer Friedensinitiativen aus der
335 Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit den zivilgesellschaftlichen
336 Protesten gegen die rechtsextreme Regierung in Israel sowie gegen die
337 islamistische Hamas.
- 338 • Anerkennung und Einhaltung der Entscheidungen des IGH und des IStGH,
339 einschließlich der Haftbefehle gegen Netanjahu und Galant.

340 Abschluss

341 Wir stehen auf der Seite aller Leidtragenden in Westasien. Wir setzen uns für
342 eine Politik ein, die marginalisierte Stimmen stärkt und globale Gerechtigkeit
343 sucht, ohne Hierarchien des Leids. Dieser Beschluss steht am Anfang eines
344 Aufarbeitungsprozesses innerhalb des Verbandes und in den Landesverband und die
345 Partei hinein.

Begründung

erfolgt mündlich